



„Eine Schande für den Schwarzwald“: Das ehemalige Kurhaus Hundseck beziehungsweise seine Überreste.

Foto: Willi Walter

An den Pranger gestellt

Bürgermeister und Fraktionen wehren sich gegen Unterstellungen von Beate Böhlen

Von Gerold Hammes

Ottersweier/Schwarzwaldhochstraße – Der Ton zwischen der Gemeinde Ottersweier und der Landtagsabgeordneten Beate Böhlen (Grüne) zum Dauerbrenner Hundseck wird rauer. Bei einem Pressegespräch gestern Vormittag im Rathaus der Lindengemeinde verwahrten sich Bürgermeister Jürgen Pfetzer und die Vertreter der Gemeinderatsfraktionen von CDU, FWG und SPD gegen Versuche der Abgeordneten, von ihr „zum wiederholten Mal und wider besseres Wissen an den Pranger gestellt“ zu werden.

Pfetzer und die drei Fraktionen (der grüne Mandatsträger Nico Paulus war nicht erschienen) sahen sich zu dem gemeinsamen Schritt an die Öffentlichkeit veranlasst, nachdem Böhlen ihrerseits in einer Pressemitteilung der Gemeinde vorgeworfen hatte, in dieser Angelegenheit nicht selbst aktiv geworden zu sein und bislang keinen konstruktiven

falsch, sie brüskierten auch die Gemeindevertreter. Wenn nämlich jemand in der Vergangenheit aktiv gewesen sei, dann Ottersweier, die Stadt Bühl und das Landratsamt Rastatt. „Von anderen hören wir nur schlaue Sprüche“, giftete der Bürgermeister. Böhlen warf er außerdem vor, bis heute noch nicht einmal einen Kontakt mit den betroffenen Ministerien zustandegebracht zu haben.

Auch deren Vorwurf, dass Ottersweier mit seiner „Verweigerungshaltung ziemlich alleine“ dastehe, lief bei Pfetzer ziemlich ins Leere: Richtig sei vielmehr, „dass wir einzig von Frau Böhlen keine Unterstützung erhalten“. Von einer Landtagsabgeordneten dürfe man vielmehr erwarten, „dass sie die Interessen der Gemeinde vertritt, dass sie Brücken baut und nicht Gräben aufreißt“. Stattdessen werde „mit ständigen, unsachlichen Schuldzuweisungen an einen falschen Adressaten polarisiert“.

In den Kanon stimmte auch der CDU-Fraktionsvorsitzende Linus Maier ein: „Es werden

ten übernehme. Vorher mache eine Zwangsversteigerung (diese wurde am 6. Dezember 2012 beantragt) keinen Sinn.

Dieter Kohler, der stellvertretende FWG-Vorsitzende, bezeichnete die Anschuldigungen zum Nachteil der Gemeinde als „nicht zielführend“. Sie seien allenfalls „Wahlkampfgeplänkel“.

Winfried Mülberg (SPD) nannte die Hundseck-Ruine „eine Schande für den Schwarzwald“. Die Gemeinde habe zwar Konzepte vorgelegt, aber es habe eben auch die Geschäftsgrundlage gefehlt: „Wir haben nichts im Werkzeugkasten.“

Zwangsversteigerung als letzter Strohalm

Jürgen Pfetzer machte die Ohnmacht auch an dem Umstand deutlich, dass die beiden im Grundbuch eingetragenen Eigentümer nicht einmal im Ansatz Anstalten für einen Verkauf der restlichen Gebäude und des Grundstücks machen würden. Vorstellbar wäre, eine

stände fallen mit 5000 Euro vergleichsweise bescheiden aus. Die Stadt Bühl als Baurechtsbehörde und der Landkreis Rastatt sind zusammen mit über 100 000 Euro im Feuer. Gleichwohl signalisierte Pfetzer, dass die Gemeinde einen neuen Eigentümer bei einer Lösungsfindung begleiten und über einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan für Rechtssicherheit sorgen werde. Außerdem könnten auf einem freigeräumten Gelände Fördermittel aus dem Leader-Programm für privat-gewerbliche, aber auch öffentliche Projekte generiert werden. Für Pfetzer ist eine touristische Folgenutzung naheliegend, zumal die Hundseck das Tor zur Nationalparkkulisse Hoher Ochsenkopf darstelle und auch die direkt angrenzende ehemalige Skiwiese sowie die Walderlebnisstation solche Gedanken nahelegen würden.

Weil die Angelegenheit total verfahren ist, hat sich die Gemeinde nun die juristische Unterstützung durch die Acherner Kanzlei Schultze & Braun eingekauft. Ein Anwalt wird ver-

